



F r e i e H a n s e s t a d t B r e m e n

**Rede des
Präsidenten des Senats,
Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte,
vor dem Bundesrat am 10. Juni 2022**

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrter Herr Präsident,

meine Damen und Herren,

der russische Angriffskrieg bringt unermessliches Leid über die Menschen in der Ukraine. Er hat die europäische Sicherheitsordnung zerstört und die Grundsätze des friedlichen Miteinanders der Völker in Europa in ihrem Kern erschüttert.

Die europäischen Staaten haben darauf geschlossen reagiert und unterstützen die Ukraine mit einer Vielzahl von Maßnahmen. Dazu gehört, dass wir die vor Krieg und Zerstörung geflohenen Ukrainerinnen und Ukrainer bei uns aufnehmen, mehr als 700.000 alleine in Deutschland.

Bund und Länder haben sich vor einigen Wochen darüber verständigt, wie die Aufnahme und Integration der Geflüchteten, überwiegend Frauen und Kinder, gelingen kann. Sie nehmen dafür – völlig zu Recht, wie ich betonen möchte – Milliarden in die Hand.

Zugleich führen der Angriffskrieg und die als Reaktion darauf beschlossenen Sanktionen zu erheblichen wirtschaftlichen Verwerfungen. Märkte und Handelsverbindungen sind weggebrochen, Lieferketten sind gerissen. Die Folgen spüren wir alle in der Geldbörse, vor allem diejenigen, die ohnehin wenig haben.

Die Inflation liegt bei mehr als 7 Prozent, so hoch wie seit mehr als 40 Jahren nicht mehr. Alles wird teurer, gerade auch Lebensmittel. Und die Energiepreise steigen

immer weiter. Wir können das jeden Tag beim Tanken an der Zapfsäule sehen. Und die dramatischen Konsequenzen dieser Entwicklung werden viele Bürgerinnen und Bürger erst noch in den nächsten Monaten spüren, wenn sie die nächste Heiz- und Stromkostenabrechnung erhalten.

Viele Menschen machen sich deshalb Sorgen, was sie sich in Zukunft noch werden leisten können. Und Unternehmerinnen und Unternehmer bangen um ihre Firma und die Arbeitsplätze der Beschäftigten.

Bund und Länder steuern mit milliardenschweren Entlastungspaketen dagegen. Allein das im Mai hier im Bundesrat behandelte Paket hat einen Umfang von 34 Milliarden Euro, von denen Länder und Kommunen mehr als die Hälfte schultern werden.

Hinzu kommt die dreimonatige Absenkung der Energiesteuer für Kraftstoffe, die den Bund weitere drei Milliarden Euro kosten wird.

Während Bund, Länder und Gemeinden also Milliarden in die Hand nehmen und Bürgerinnen und Bürger genauso wie Unternehmerinnen und Unternehmer unter den steigenden Preisen ächzen, währenddessen machen sich einige wenige – ich kann das nicht anders sagen - die Taschen voll. Und zwar, das möchte ich ausdrücklich betonen, ohne dass dem irgendeine zusätzliche Leistung, irgendein ein zusätzliches Risiko oder irgendeine zusätzliche wirtschaftliche Aktivität gegenübersteht.

Sie verdienen sich eine goldene Nase, weil sie die aktuelle Lage schamlos ausnutzen.


Ein Beispiel: Allein im 1. Quartal dieses Jahres konnten die vier „Ölriesen“ Shell, BP, Exxon und Total ihren Nettogewinn gegenüber dem Vorjahr von etwa 15 Milliarden auf rund 34 Milliarden US-Dollar mehr als verdoppeln. Nach Berechnungen der Internationalen Energieagentur dürften die gestiegenen Energiepreise den Konzernen in diesem Jahr 200 Milliarden Euro zusätzlich in die Kassen spülen.

Während also die Allgemeinheit unter den hohen Preisen leidet, machen einige wenige Kasse. Zum Beispiel, weil sie seit Beginn des Krieges die Spritpreise weit mehr erhöht haben, als es der Rohöl-Preis rechtfertigen würde. Und auch, weil sie die zum 1. Juni in Kraft getretenen Steuererleichterungen eben nicht eins zu eins an die Autofahrerinnen und Autofahrer weitergeben – davon muss man Stand heute jedenfalls ausgehen.

Das Kartellamt hat schon angekündigt, hier ganz genau hinzuschauen. Ich begrüße das sehr. Aber: Die konkreten Handlungsmöglichkeiten, die das Wettbewerbsrecht derzeit bietet, sind bei realistischer Betrachtungsweise doch recht beschränkt.

Ich bin deshalb davon überzeugt, dass wir andere Instrumente brauchen, um die Mineralöl-Konzerne zu bremsen.

Die Freie Hansestadt Bremen hält es deshalb für richtig, die kriegsbedingten Übergewinne - insbesondere aber nicht nur im Energiesektor - befristet mit einer Steuer bzw. Sonderabgabe abzuschöpfen. Und wir fordern die Bundesregierung auf, hierfür einen Umsetzungsvorschlag zu unterbreiten.

 Rede des Präsidenten des Senats,
Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte,
vor dem Bundesrat am 10. Juni 2022


Damit stehen wir auf europäischer Ebene übrigens nicht alleine: Ich verweise nur auf die Beispiele Großbritannien, Griechenland und Italien, die alle eine Form der Übergewinnsteuer eingeführt haben oder einführen werden. Auch die EU-Kommission hat im Frühjahr vorgeschlagen, außerordentliche Gewinne im Energiesektor befristet gesondert zu besteuern.

Die Umsetzung einer Übergewinnsteuer ist sicherlich nicht trivial. Aber dass sie möglich und auch mit deutschem Recht grundsätzlich vereinbar ist, das hat unter anderem der wissenschaftliche Dienst des Deutschen Bundestags in einer Stellungnahme aus dem vergangenen Jahr überzeugend dargelegt.

Ich halte eine solche Maßnahme nicht nur für zwingend erforderlich, um den sozialen und gesellschaftlichen Frieden zu sichern. Sie ist angesichts der Milliarden-Kosten der schon beschlossenen und der noch notwendig werdenden Entlastungsmaßnahmen auch zwingend erforderlich, um die Tragfähigkeit der öffentlichen Haushalte nicht zu gefährden und die Neuverschuldung in vertretbaren Grenzen zu halten.

Herr Präsident, meine Damen und Herren,

ich freue mich, dass die Idee, die wir mit unserem Entschließungsantrag verfolgen, in den vergangenen Tagen wachsende Zustimmung auch hier im Länderkreis gefunden hat. Und auch wenn sich die Kollegen der B-Länder bei der MPK in der letzten Woche noch nicht dazu durchringen konnten, explizit positiv zur Frage der Übergewinnsteuer Stellung zu nehmen, so haben wir doch alle gemeinsam die Bundesregierung dazu aufgefordert, schärfere regulatorische Maßnahmen zu ergreifen.

 Rede des Präsidenten des Senats,
Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte,
vor dem Bundesrat am 10. Juni 2022

Daran anknüpfend hoffe ich auf konstruktive und zügige Ausschussberatungen, damit wir noch vor der Sommerpause von hier aus eine kraftvolle Aufforderung zur Einführung einer Steuer auf kriegsbedingte Übergewinne an den Bund richten können.

Herzlichen Dank!